

„Hochgradig unseriös“

Zwei Bürgermeister warnen vor dem rot-grün-roten Haushalt. Mitarbeiter müssten gehen, neue Schulden würden drohen.

10.12.2014 Von Andreas Weller



Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann prognostiziert ein Defizit von 78 Millionen Euro bis 2018, wenn die neue Mehrheit ihren Haushalt beschließt.

© André Wirsig

Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) hält die Haushaltspläne der Stadtratsmehrheit aus Linken, Grünen und SPD für absurd. „Ich sehe mich gezwungen, darauf zu reagieren“, erklärte er gestern. Einen Tag bevor der Finanzplan mit 1,3 Milliarden Euro für 2015 und 1,4 Milliarden Euro für 2016 beschlossen werden soll. Vorjohann zerpfückt die Änderungen von Rot-Grün-Rot regelrecht. Dabei gehe es ihm weniger darum, dass das Bündnis nicht seinen Vorschlägen mit der Grundsteuererhöhung und der Verschiebung von Schulbauprojekten folgt.

„Das kann man alles machen“, sagt Vorjohann. Er sieht aber in den Deckungsvorschlägen einige Risiken. So könne er nicht nachvollziehen, wie aus den Haushaltsausgaberesten, also geplante aber noch nicht umgesetzte Projekte, fünf Millionen Euro gestrichen werden sollen oder wie er seine Zinserträge bei den aktuellen Niedrigzinsen um eine Million Euro pro Jahr erhöhen können solle. „Mal unterstellt, das funktioniert alles: Dann kann das Haushaltsdefizit fast gedeckt werden“, so Vorjohann. „Aber da sind die ganzen Wünsche der Gestaltungsmehrheit nicht eingerechnet.“

Die drei Fraktionen haben mehr als 40 Punkte vorgelegt, die 2015 gut 15 Millionen Euro und 2016 noch 13,5 Millionen Euro mehr kosten. Darunter etwa die Aufstockung des Sozialtickets, mehr Geld für Kultur, Jugendhilfe, Rad- und Gehwege. „Der Ausgleich dafür soll über die Reduzierung der Personalkosten und die neue Übernachtungssteuer erfolgen“, so Vorjohann. Das sei „hochgradig unseriös“.

Bettensteuer nicht möglich?

Die Übernachtungs- oder Bettensteuer soll 2015 im Laufe des Jahres eingeführt werden. Dafür sind 3,5 Millionen Euro und in den Folgejahren jeweils sechs Millionen Euro eingeplant. „Wenn das so einfach wäre, hätten wir es auch gemacht“, so Vorjohann. „Das ist eine örtliche Aufwandssteuer. Diese einzuführen, ist in Sachsen nicht möglich.“ Dazu gebe es verfassungsrechtliche Probleme. „Und es wird Geld verplant, das noch gar nicht eingenommen ist.“ Das sieht Rot-Grün-Rot anders. Denn laut einem Gutachten, das die Stadt vor zwei Jahren in Auftrag gegeben hat, sei eine Übernachtungssteuer am wenigsten angreifbar von allen denkbaren Tourismusabgaben.

Doch Vorjohanns Kritik geht noch weiter. Die „Wunschliste“ der Fraktionen ende 2016. „Bis dahin sind in den Bereichen wie Jugendhilfe und Kultur Standards gesetzt. Die wird Rot-Grün-Rot nicht streichen wollen.“ Das koste jedes Jahr ab 2017 rund acht Millionen Euro, die nicht eingeplant sind.

Die größte Kritik kommt aber von Verwaltungsbürgermeister Winfried Lehmann (CDU), daran, dass Rot-Grün-Rot 2015 und 2016 jeweils zehn Millionen Euro weniger fürs Rathauspersonal einplant als die Stadtspitze. Konkret geht es um rund 50 Millionen Euro, die die Stadt in den beiden Jahren mehr fürs Personal ausgeben will. Derzeit hat die Verwaltung mehr als 6 000 Mitarbeiter. Insgesamt sollen 250 bis 300 Bedienstete dazukommen, neue Stellen und als Ersatz für Abgänge.

Rot-Grün-Rot will die neuen Stellen nicht alle in zwei Jahren schaffen. „Wir verlangsamen das um ein Jahr“, sagt SPD-Stadtrat Thomas Blümel. Doch Lehmann warnt: „Mit dem jetzt geplanten Geld kann ich nicht mal mehr die Bestandsmitarbeiter bezahlen.“ Neue Mitarbeiter seien aber dringend erforderlich, weil überall die Aufgaben zunehmen. Ob Sozialarbeiter für Asyl, Jugendgerichtshilfe oder auch Planer für neue Schulen und Kitas.

„Wenn es bei der Finanzierung bleibt, können wir nicht mal mehr Abgänge kompensieren. Etwa 250 Mitarbeiter müssten gehen, ohne ersetzt werden zu können“, so Lehmann. Damit hätte die Verwaltung im kommenden Jahr weniger Mitarbeiter als jetzt. Linke-Fraktionschef André Schollbach ist sauer, weil diese Behauptungen einen Tag vor der Haushaltsentscheidung aufgemacht

werden. „Das ist das Wutgeheul der CDU. Offenbar können die Bürgermeister nicht akzeptieren, dass mit diesem Haushalt andere Akzente gesetzt werden als es sich die CDU vorstellt.“

Rot-Grün-Rot will mehr Personal

Die Verwaltungsspitze habe immer behauptet, das zusätzliche Geld fürs Personal werde für neue Mitarbeiter benötigt. Jetzt sind auch Tarifsteigerungen und einiges mehr eingerechnet. So erhöhen sich die Kosten allein für das vorhandene Personal von 334 Millionen Euro in diesem Jahr auf 345 Millionen Euro für 2015. „Das stinkt doch zum Himmel“, so Schollbach. „Wir wollen natürlich mehr Personal im Rathaus, wo es benötigt wird“, so Grünen-Fraktionschefin Christiane Filius-Jehne.

Vorjohann fordert von der Stadtratsmehrheit, dass sie auf ihre Wünsche verzichtet. „Mehr Geld für Jugendhilfe, Kultur und so ist reine Klientelpolitik.“

Artikel-URL: <http://www.sz-online.de/nachrichten/hochgradig-unserioes-2992699.html>
